

# Zeitschriftenschau

Gudrun CHO

Zum erstmalig, seitdem das Indien-Pakistan-Problem aktuell geworden ist, liegen mehrere Artikel zu diesem Thema vor, auf die in dieser Zeitschriftenschau eingegangen werden kann. Außer diesem Themenkreis hat durch die Generalversammlung der „Press Foundation of Asia“, die im August in Bali stattfand, sowie durch die pressefeindlichen Maßnahmen des Premierministers von Singapore das Thema „Pressefreiheit“ in Asien Beachtung gefunden. Die Analysen zum Thema China sind zumeist vor der UN-Abstimmung geschrieben worden und dadurch ähnlich überholt wie die Analyse des thailändischen Parteiensystems von Frank C. Darling in **Pacific Affairs** (Vol. XLIV, Nr. 2, Sommer 1971, S. 228–241: „Political Parties in Thailand“), der die Schlußfolgerung zieht: „The re-emergence of political parties has reduced the likelihood that future successions of political power will take place by a coup d'état. . . . The development of political parties has likewise added significantly to the international statue of Thailand by providing some substance to the endeavour of the Thai government to change from a purely military-dominated system to a form of constitutional democracy.“

Die historischen Ursachen des Indien-Pakistan-Konfliktes untersucht Frank Moraes in **Pacific Community** (Vol. 3, Nr. 1, Oktober 1971, S. 142–153). Der Autor, der das Ende der englischen Herrschaft in Indien als Korrespondent von „The Times of India“ in New Delhi miterlebte, beginnt seinen Artikel „India and Pakistan“ mit der Frage, ob die Teilung Indiens hätte vermieden werden können. Er meint, daß die Briten ihre Politik in Indien auf das Prinzip „divide and rule“ gegründet hatten: „As long as the fine counterbalance between the Hindus and the Muslims could be maintained, the British remained rulers of the roost.“ Damit hätten sie keinesfalls die endgültige Teilung Indiens bezweckt, sie aber zwangsläufig gefördert. Denn ihre Politik der Stärkung des Hindu-Moslem-Gegensatzes führte zu dem System der „separate electorates“. „The effect of separate electorates was a diffusion of power with any one of the three ends of the British-Hindu-Muslim triangle capable of being played against the other two.“ Entgegen den Erwartungen der Briten fanden sich Hindus und Moslems in ihrer Forderung nach Abzug der Briten zusammen. Dabei soll Jinnah, der Führer der Moslems, keineswegs an die Gründung eines selbständigen Staates Pakistan gedacht haben. Der Autor bemüht sich aufzuzeigen, daß erst die unnachgiebige Haltung der Hindus, die nach ihrem Wahlsieg 1937 jegliche Zusammenarbeit mit der Muslim League ablehnten, zur Gründung Pakistans führte. Er betont, daß die Moslems noch 1940 bei der Formulierung der Lahore-Resolution nur die Schaffung autonomer Regionen innerhalb Indiens angestrebt hätten. Er verwickelt sich aber in Widersprüche, wenn er schreibt, daß die

Moslems von Anfang an den Briten gegenüber die Forderung „Divide and Quit“ erhoben hätten.

So legt Pran Chopra in seinem Artikel in derselben Ausgabe der Zeitschrift **Pacific Community** (S. 154–170: „Collision Course: An Indian View“) die Lahore-Resolution ganz anders aus – nämlich als Gründungsdokument Pakistans, das die bereits damals bestehende Furcht der Ostbengalen vor einer Vorherrschaft Westpakistans besänftigen sollte, indem formuliert wurde, daß die beiden Teile des Landes „independent states“ sein sollten. „To underline the assurance the most popular leader of East Bengal, Fazlul Haq, was invited to move the resolution. But within a year Fazlul Haq resigned from the party in protest against its exclusive devotion to the interests of the Muslims of the western wing.“ Nach der Staatsgründung sei es dann üblich geworden, daß jede Persönlichkeit in Ostbengalen, die sich für die Interessen des ostbengalischen Volkes eingesetzt habe, von Westpakistan der Konspiration mit Indien beschuldigt und inhaftiert worden sei. Dadurch sei Indien wider seinen Willen in die inneren Angelegenheiten Pakistans hineingezogen worden.

Chopra schildert die rassistischen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen West- und Ostpakistan: „To the West Pakistani political élite, especially Punjabi Muslims, who took over control of the country and its principal party, the Muslim League, East Bengal was a distant province with an alien culture and a black population, difficult to understand but rich in agricultural wealth which could be exploited to build up an industrial base for West Pakistan. The people of East Bengal, constituting the majority of the country's population and contributing the greater part of its economic wealth, came to be denied their share of political as well as of economic development.“ Weil die Westpakistani fürchten mußten, daß bei demokratischen Wahlen die Mehrheit der Parlamentssitze an Ostpakistan fallen würde, stemmte sich die westpakistanische Elite gegen demokratische Wahlen. Dennoch kam es 1954 zu Wahlen in Ostpakistan. Damals formierte sich unter Fazlul Haq und Suhrawardy eine Front gegen die Muslim League. Obwohl die League im Wahlkampf betonte, daß gegen sie zu stimmen gegen Pakistan stimmen hieße, konnte sie nur 7 Sitze, die Front dagegen 224 gewinnen. Die Folge war ein scharfes Eingreifen Westpakistans, das die Verfassung in Ostbengalen suspendierte, die neugewählte Regierung entließ, Minister Fazlul Haq der Verschwörung mit Indien anklagte und General Iskandar Mirza die Befehlsgewalt in Ostbengalen erteilte. 1954 war Sheik Mujibur Rahman zum erstenmal als einer der führenden Männer in Ostbengalen aufgetreten. Die damalige Erfahrung lehrte ihn, daß entweder ganz Pakistan demokratisch werden oder Ostbengalen so viel Autonomie erlangen müßte, daß es die meisten seiner Angelegenheiten selbst regeln könne. „When he was accused by President Yahya Khan of preaching secession, Mujibur Rehman gave the very apt answer that the majority does not secede from a country. By the same logic East Bengal would have happily conceded adequate powers to a central government in which its own people had a due share of power.“

Aber die Einstellung Westpakistans gegenüber Ostpakistan war ja die einer Kolonialmacht gegenüber einer Kolonie, die es nicht aufzugeben bereit war – ganz zu schweigen davon, sich von ihr auf Grund demokratischer Spielregeln beherrschen zu lassen. Es stellt sich nun die Frage, weshalb Yahya Khan das Risiko demokratischer Wahlen einzugehen bereit war. Der Autor schreibt dazu: „General Yahya

Khan announced that elections would be held early in 1970 for a national assembly to frame a constitution, and in it East Bengal would have seats in proportion to its population, that is 54 per cent. He felt safe in announcing this because it was thought that, holding the first ever elections and that too for the complicated task of framing a constitution, the inexperienced electorate, would break up into so many small parties that the President, who would be retaining ample veto power in any case, would be able to play them off one against the other. In particular, domination of the assembly by East Bengal was not considered a possibility because it was believed inevitable that mutually antagonistic parties would be thrown up by the volatile Bengali.“ Der Autor schreibt also, welche Vermutungen und Erwartungen die Westpakistani in bezug auf den Wahlausgang hegten. Interessant wäre zu wissen, wie man zu dieser Fehleinschätzung des Wahlverhaltens der Ostbengali gekommen war, auf Grund dessen Sheik Mujiburs Awami League 72,6 Prozent der ostbengalischen Stimmen und damit die absolute Mehrheit der Sitze in der Nationalversammlung gewann.

Ein Hinweis darauf findet sich in dem Artikel „Bangla-Desh – dynamique d'une révolution“ (**Le Monde Diplomatique**, November 1971, S. 8/9). Im Rahmen einer ausführlichen Analyse der politischen Gruppierungen in Ostbengalen schreibt Gita Banerjee, der Wahlerfolg der Awami League, die nie eine strukturierte Partei, sondern eine Gruppierung von bekannten Persönlichkeiten um ein politisches Programm war, erkläre sich zum größten Teil daraus, daß die anderen Parteien ihr die Exklusivität des Kampfes für die Autonomie überlassen hätten. Die Tragik sei gewesen, daß man nur auf einen rein politischen, nicht auf einen militärischen Kampf vorbereitet gewesen sei. Um so erstaunlicher sei dann der geschlossene Widerstand der unvorbereiteten Bevölkerung gegen den militärischen Terror der westpakistanischen Armee gewesen. Der Widerstand habe nicht nur den Feind, sondern selbst die Awami League überrascht. Diese Untersuchung der politischen und militärischen Lage in Ostbengalen gelangt zu dem Schluß, die Kernfrage laute nicht ob, sondern wann Indien über die bisherige Unterstützung der ostbengalischen Befreiungsarmee hinaus massiv eingreifen werde. Indien könne es sich einfach nicht leisten, noch weitere Millionen Flüchtlinge, die von der Hungersnot über die Grenze getrieben werden, aufzunehmen.

In derselben Ausgabe von **Le Monde Diplomatique** wiederholt Sunanda K. Datta-Ray in seinem Artikel „Une certaine ambiguïté pèse sur les intentions du gouvernement indien envers les Bengalis“ seine schon früher vertretene Auffassung, daß insbesondere jetzt, nach dem Abschluß des indisch-sowjetischen Vertrages die Großmächte dafür sorgen werden, daß es nicht zu einem offenen Krieg kommt.

Philip Windsor „L'Inde semble aujourd'hui en mesure d'affronter une guerre prolongée avec son voisin pakistanais“ untersucht die militärischen Voraussetzungen für einen Krieg. Er meint, daß entgegen westlichen Vorstellungen die Inder durchaus über eine kriegerische Tradition verfügten und für einen längeren Krieg mit Pakistan gut gerüstet seien. In einem kürzeren Krieg könnte allerdings auch Pakistan Vorteile erzielen, vor allem im Pandschab, wo militärisches Gleichgewicht zwischen ihnen bestehe. Aus allen diesen Untersuchungen geht, wenn auch indirekt, hervor, daß die indische Regierung zwar zu allem bereit ist, um die Flüchtlinge auf moralisch unanstößige Weise zum Verlassen Indiens zu bewegen, daß sie sich aber nicht für

ein unabhängiges Bangla Desh begeistert, weil sie die Entstehung von indischen „Bangla Deshs“ fürchten muß.

Das Problem von regionalen Unabhängigkeitsbestrebungen innerhalb der indischen Union untersucht Renée Isar: „Le problème de la cohésion nationale en Inde — La politique du pouvoir central se heurte au régionalisme des Etats“ (**Le Monde Diplomatique**, November 1971, S. 11/12). Indien sei eher „ein multirassischer, multi-religiöser und multilinguistischer Kontinent“ als ein Land im westlichen Sinne, meint der Autor, der zahlreiche Beispiele für den Egoismus der Bundesstaaten anführt, der zu Lasten der ärmeren Bundesstaaten geht. Da sich jedoch schon Nehru auf die persönliche Loyalität einflußreicher Minister von Bundesstaatsregierungen gestützt habe, sei eine Schwächung der Macht der Einzelstaaten nicht zu erwarten. Führend in der Sezessionsbewegung scheint die Regierung von Tamil Nadu zu sein, deren Premierminister, M. Karunanidhi kürzlich erklärt hat: „Wenn die indische Regierung nicht will, daß sich Ostbengalen wiederholt, muß sie die wirtschaftliche und administrative Freiheit der Länderregierungen vergrößern, andernfalls wird man in ganz Indien das Auftauchen zahlreicher Mujibur Rahman erleben.“

Ein besonders kritischer Fall ist Kashmir. Ihn untersucht Martin Stuart-Fox im Rahmen einer Artikelfolge über das Indien-Pakistan-Problem in **Far Eastern Economic Review** (Nr. 47, 20. November 1971, S. 24: „Kashmir: The Armies Mass“). Indien und Pakistan haben bereits zweimal um Kashmir gekämpft (1947 und 1965). Das erste Mal wurde eine Waffenstillstandslinie festgelegt, die nach der zweiten Auseinandersetzung erneut bestätigt wurde. Es gibt in Kashmir drei Religionsgemeinschaften: Die Mehrheit der Moslems lebt im Kashmirtal, tibetische Buddhisten im dünn besiedelten Ladakh, die Mehrheit der Hindus in Jammu. Das Streben nach Unabhängigkeit ist stark: „But independence for whom? The Moslems concede the Hindu majority areas of Jammu might better be left in India, but they include Ladakh in their hypothetical nation. The Ladakhis, however, prefer the tolerance of secular India to the tender mercies of a Moslem Kashmir. But if Ladakh too were to remain part of India, an independent Kashmir would be an economically unviable pocked-sized area comprising the Vale of Kashmir and surrounding mountains with a population of scarcely three million.“ Die Hauptbefürchtung der Inder ist zur Zeit daß im Falle einer Unabhängigkeit Bangla Deshs, Pakistan versuchen würde, den Verlust Ostbengalens durch die Annexion Kashmirs auszugleichen.

Situationsschilderungen aus Dacca (Werner Adam: „On the Eastern Front“), aus New Delhi (A. Hariharan: „Faith in Bengal's Fighters“) und aus Kalkutta (Harji Malik: „Those that have not“) veröffentlicht dasselbe Heft der Zeitschrift **Far Eastern Economic Review** (S. 19–23). Erschütternd ist der Bericht von Harji Malik, der das Schicksal der eigentlich betroffenen, der Flüchtlinge und ihrer Angehörigen (der 13- bis 35jährigen Frauen, die von der „Besatzungsarmee“ zurückgehalten werden) schildert. Die Lage in Dacca vergleicht Werner Adam mit der Saigons. Der Befreiungsarmee Mukti Bahini fehle es an einer zentralen Führung. Ihre größte Angst gelte der Auseinandersetzung in den eigenen Reihen, das heißt zwischen Naxaliten und Anhängern der Awami League. Für die westpakistanischen Truppen sei Aufrechterhaltung der Kampfmoral das größte Problem. Die Lösung könne nur der Kriegsausbruch oder erfolgreiche Verhandlungen bringen. Aus New Delhi berichtet A. Hariharan, daß Indien im Gegensatz zu 1948 und 1965 gut auf den Krieg vorbereitet sei.

Indien ist neben Japan und den Philippinen eines der drei Länder in Asien, in denen Pressefreiheit herrscht. Das ergibt ein Überblick über die Situation der Presse in Asien, den Derek Davies, Leo Goodstadt und T. J. S. George in **Far Eastern Economic Review** (Nr. 41, 9. Oktober 1971, S. 18–28: „The Asian Press“) vermitteln. Mit Ausnahme dieser drei Länder vertreten die asiatischen Regierungen die Auffassung, daß ein Entwicklungsland sich keine Pressefreiheit leisten könne. Dabei begehen die Journalisten in jenen Entwicklungsländern leicht den Fehler, daß sie sich von der Regierung verleiten lassen, ihre Rolle tatsächlich als eine Art „Entwicklungsdienst“ für das eigene Land zu sehen, was eine gefährliche Selbstüberschätzung darstelle: „The press in Asia today is thus in a pretty poor condition, threatened from within by its own inadequate standards and skills and from without by pressures from advertisers, vested interests and government. Its main fault is that it has not defined its own role on a sufficiently realistic and lowly base. The more it persuades itself that it has a grandiose part to play in development, or allows politicians to outline such a role without contradiction, the more it renders itself vulnerable to those who would control it.“

Ein Beispiel dafür, wie die Presse zum Regierungsinstrument wird, hat Singapores Premierminister geliefert. Wie Anthony Polsky in **Pacific Community** (Vol. 3, Nr. 1, Oktober 1971, S. 183–203: „Lee Kuan Yew versus the Press“) feststellt, war für Lee Kuan Yew die Presse „... an institution he relied on in the early days of his political career; learned how to skillfully manipulate at later stages; and has come to have considerable contempt for in the present era.“ Der Autor, der selbst zu den des Landes verwiesenen Mitarbeitern von „The Singapore Herald“ gehört, schildert in seinem Artikel das radikale Vorgehen gegen „The Singapore Herald“ und die chinesischsprachige Tageszeitung „Nanyang Siang Pau“, das zur Einstellung dieser Zeitung und zur Ausweisung bzw. Verhaftung leitender Mitarbeiter führte.

Wie auch Patrice de Beer in seinem Artikel „Démocratie d'exception à Singapour“ (**Le Monde Diplomatique**, Oktober 1971, S. 28) feststellt, waren beide Zeitungen keineswegs regierungsfeindlich, haben sich aber kritische Äußerungen oder die Veröffentlichung kritischer Leserbriefe erlaubt. Premierminister Lee, der in Singapore eine singaporische Nation schaffen will – was uneingestanden die Eliminierung der chinesischen Kultur in Singapore bedeutet – hat im Mai erklärt, daß es für Singapore zu früh sei, sich auch nur eine „ornamentale“ Opposition zu leisten. An so etwas sei vor Ablauf von sieben Jahren nicht zu denken.